

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Fringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Bettseite kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 2.

Sonntag, den 12. Januar.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden nur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Zur Beachtung!

Das Bureau des Vorstandes des Deutschen Tabakarbeiterverbandes befindet sich nicht mehr Marktstraße 18, II., sondern Faulenstraße 58/60, II., Zimmer 6.

Alle Zuschriften an den unterzeichneten Vorstand adressiere man deshalb

Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Bremen

Faulenstr. 58/60, II. (Gewerkschaftshaus)
Zimmer 6.

Bremen.

Der Vorstand

des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Mit dem heutigen Tage ist unsere neue Agitation schriftlich den sämtlichen Agitationsleitern Gehilfs Uebermittlung an die in ihrem Bezirke tätigen örtlichen Kommissionen zugestellt worden. Neben dieser Schrift: Die Tabaksteuerfrage und ihre Entwicklung, ist auch gleichzeitig die Liste der Abstimmungsliste dritter Lesung über das Zigaretten- und Zigarrensteuergesetz in der Plenarsitzung des Reichstags vom 18. Mai 1906 mitverfaßt worden. Die Zentralkommission hat diese Abstimmungsliste deshalb vervielfältigen lassen, um die Kollegen in den einzelnen Wahlkreisen namentlich auf die Abgeordneten aufmerksam zu machen, die für dieses schandvolle Gesetz, das jetzt, einem Krebsartigen Geschwür gleich, auch die Zigarettenindustrie zu erfassen droht, gestimmt haben. An der Hand dieser Abstimmungsliste können die Kollegen Deutschlands noch vor der Entscheidung über die Vandalensteuer für Zigaretten noch das Möglichste bei den betreffenden Reichstagsabgeordneten versuchen, denselben klar zu machen, daß bei der heutigen kolossalen Arbeitslosigkeit, bei der ungeheuerlichen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, der bei dem jetzigen harten Winter zehnfach fühlbaren Steigerung der Kohlenpreise, es ein schweres Verbrechen wäre, eine Industrie, in der circa 200 000 Arbeiter, inkl. ihren Nebengewerben, jetzt schon kümmerlich sich durchschlagen müssen, dem Ruin zu überantworten. Diese 200 000 Arbeiter repräsentieren mit ihren Familienangehörigen ca. 600 000 Personen.

Die von uns veränderte Schrift: Die Entwicklung der Tabaksteuerfrage, soll aber in erster Linie den Zweck haben, unserer Forderung, daß jeder Tabakarbeiter ein Agitator sein müsse, die Wege zu ebnen, indem wir jedem Laien die Möglichkeit an die Hand geben, sich über den bisherigen Gang der Geschichte der Tabaksteuer zu informieren, welche unheilvollen Wirkungen die bisherigen Belastungen der Industrie gehabt haben: z. B. die Arbeitslosigkeit infolge des Gesetzes vom Jahre 1879 und die Folgen des Vandalensteuergesetzes vom vergangenen Jahre. Noch einmal legen wir also jedem ans Herz, selbst mit Hand anzulegen, um dieses System der Besteuerung und Beunruhigung zu Fall zu bringen.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

S. A.: Wilh. Boerner. Karl Butry.

N. S. Vielfachen Anfragen diene zur Antwort, daß wir nach Erscheinen der Vorlage an den Reichstag sofort eine Flugchrift zur Verfertigung gelangen lassen.

D. D.

Wie entstand das preußische Dreiklassenparlament?

Der preußische Landtag ist in die letzte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode eingetreten. Im Jahre 1908 geht die fünfjährige Lebensfrist des Abgeordnetenhauses zu Ende. Spätestens im Herbst müssen Neuwahlen stattfinden.

Der Wahlkampf für diese Erneuerung wirkt jetzt schon seine Wellen voraus in unser öffentliches Leben. Denn es handelt sich dabei um die Grundbedingungen dieser sogenannten Volksvertretung selbst. Es handelt sich um die Frage, ob das Vierzigmillionen Volk Preußens noch länger von einem Privilegiertenklingel regiert werden soll, der eine doppelte Sechsbung in den zwei Säulern des

Landtags besitzt, in dem Herrenhause, dem das Privilegium blaublütiger Geburt, und in dem Abgeordnetenhause, dem das Privilegium des Geldsacks das Gepräge verleiht. Das Herrenhaus ist der direkten Beeinflussung durch den Wahlkampf entzogen; sein Geschwister, das Abgeordnetenhause, beruht zwar auf Wahlen, und doch ist es ein Privilegienparlament, eine Geldsackvertretung. Ein raffiniert ausgeklügeltes Verfahren, das Dreiklassensystem macht den Geldsack zum entscheidenden Faktor seiner Zusammensetzung, indem er die große Masse des Volkes zugunsten der wohlhabenden Klassen entrechtet. Ein Proletarier der dritten Klasse übt nur ein Zehntel des Einflusses auf die Zusammensetzung des Hauses aus, der einem Mitgliede der oberen beiden Klassen zusteht. Für die Wohlhabenden die wirkliche Macht, der entscheidende Einfluß auf die Wahl der Abgeordneten, für die Proletarier den dürftigsten Schein, für ein Zehntel des Volkes den Kern, für neun Zehntel die Schale.

Was Wunder, daß die Frucht dieses fälschlichen Systems überaus schädlich ist für Preußens Volk und Staat! Diejenige Wahlrecht in erster Reihe ist es zu danken, daß Preußen heute hinten an schleicht in kultureller Entwicklung, daß die kleine, aber mächtige Junkerclique den Staat für ihre Interessen ausbeuten kann, daß Preußen mit Mecklenburg und dem Königreich Sachsen sich um die Ehre zu streiten hat, das reichsweitigste Staatswesen Deutschlands zu sein, daß es zum Vollwerk der Reaktion geworden ist für ganz Europa.

Wie die Dreiklassenmacht Preußen zum Vollwerk der Reaktion gemacht, ist sie selbst ein Wechselbalg, dem Volke widerrechtlich untergeschoben in einer Periode der finsternen Reaktion.

Preußens Volk hat schon einmal, wenn auch nur kurze Zeit, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht besessen, das nur durch ein indirektes Verfahren sich unterscheidet von dem heutigen Reichstagswahlrecht. Das war im Jahre 1848, als die Vorkämpfer des Volkes von Berlin und die Volksbewegung, die dadurch in ganz Deutschland entfesselt wurde, das absolutistische Regierungssystem zertrümmert hatten. Da waren die deutschen Fürsten wie ihre bürokratischen Handlanger in den Landesverwaltungen für jedes Zugeständnis mürrisch gemacht. Ein deutscher Reichstag wie eine preußische Nationalversammlung wurden auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts im Handumdrehen konstituiert. Aber leider zeigte sich das Bürgertum in Preußen selbst wie im ganzen Deutschland der günstigen Lage nicht gewachsen, die ihm die werktätige Bundesgenossenschaft des Proletariats verschafft hatte. Es ließ die ganze Macht in den Händen der Junker und Bürokraten in Zivil und Uniform. Die Parlamente begnügten sich mit leerem Gerede. Und als dann die werktätige Begeisterung, die im Volke durch die Märzliege entfacht war, zurückkehrte unter dem lähmenden Einfluß der Unfähigkeit der parlamentarischen Bourgeoisvertreter, da konnte schon nach einem halben Jahre die fälschlich auf der Lauer liegende Reaktion die preußische Nationalversammlung abwürgen, wie sie kurze Zeit darauf dem Frankfurter Reichstag den Garau machte.

Ein beschränktes Wahlrecht wurde von der junkerlich-bürokratischen Regierung „oktroziert“, d. h. ohne das Volk oder seine Vertreter zu fragen, einfach durch einen Willkürakt in Kraft gesetzt. Und als auch dies Mittel eine noch nicht völlig gefügige Vertretung hervorbrachte, wurde auch diese durch einen zweiten Staatsstreich am 27. April 1819 aufgelöst und dann das widerwärtige Dreiklassensystem oktroziert, das in seinen wesentlichsten Zügen bis heute in Kraft geblieben ist und bis heute das preußische Volk unter die Schmach einer Geldsackvertretung beugt.

Nachträgliche Billigungen des Staatsstreichs durch die Erwählten des Geldsackrechtes können das Unrecht nicht zum Recht, die Geldsackvertretung nicht zu einer Volksvertretung machen. Dem preußischen Abgeordnetenhause von heute haftet der Makel der Erzeugung durch den Staatsstreich genau so an, wie der dritten Duma des russischen Zaren, in deren Entstehungsgeschichte die Schaffung von Friedrich Wilhelms IV. Duma eine würdevolle Nachäffung gefunden hat.

Es war dann nur eine würdige Vervollständigung dieser Geldsackvertretung, daß dem Abgeordnetenhause 1854 wiederum durch königliche Verordnung ein Junker- und Bürokratenkonventikel als „Herrenhaus“ an die Seite, oder vielmehr vorangestellt wurde.

Neuer fünfzig Jahre lang währt nun schon dieses Regierungssystem des schlecht verhüllten Absolutismus, das mit seinen beiden Scheinparlamenten, der Geldsackvertretung und dem Junkerkastell, die Bürokratenregierung maskiert. Mahgebend für die Aktionen des selbstherrlich beherrschenden und waltenden Beamtenapparats sind aber

die Interessencliquen der großen Ausbeuter in Stadt und Land, einerseits der Großkapitalisten in Industrie und Handel, der Großgrundbesitzer andererseits.

Soweit nicht schon der Massen- und Kastengeist des Beamtentums aus eigenem Trieb für die Erfüllung der Ausbeuterwünsche sorgt, werden deren volksfeindliche Bestrebungen durch die „Kamarillen“ auf den Schleichwegen höfischer Hintertreppen gefördert. Das Treiben der Liebenberger, deren duffige Ständale zum Entsetzen der herrschenden Klassen jüngst in aller Öffentlichkeit aufbarsten, ist nicht etwa eine Ausnahmeerscheinung, es ist das vielmehr ein unvermeidlicher Bestandteil einer jeden absolutistischen oder auch nur halbabsolutistischen Regierung zu allen Zeiten und in allen Ländern gewesen.

Wie kommt es nun, daß über fünfzig Jahre lang die Bevölkerung Preußens sich dieses verderblichen und blamablen Regierungssystem hat gefallen lassen? Hatte nicht auch das Bürgertum in seiner großen Mehrheit annähernd dasselbe Interesse an der Einführung volkstümlicher, freier und demokratischer Einrichtungen wie das Proletariat? Weshalb hat es niemals ernsthafte Anstalten gemacht, den ersten Schritt zur Besserung unserer Zustände, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu erzwingen? Weil sehr bald nach dem Freiwahlrecht von 18 den ausbeutenden Schichten des Bürgertums die Erkenntnis aufdämmerte, daß seine wirtschaftlichen Interessen und die des Proletariats auseinanderklaffen und daß deshalb schließlich die Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen dem erwachenden Klassenkampf des Proletariats zugute kommen müßte. Solange deshalb das liberale Bürgertum noch die große Mehrheit des Volkes, auch der noch nicht vom Klassenbewußtsein ergriffenen Proletariermassen, auf seiner Seite hatte, führte es zwar in den sechziger Jahren den Kampf gegen Militarismus, Junkertum und Bürokratie mit einigem Eifer, wenn auch ohne Opferwilligkeit und Nachdruck. Mit dem Zensuswahlrecht, dem Dreiklassensystem, fand sich das liberale Bürgertum ganz gut ab, da es selbst Vorteile davon zog. Es machte niemals ernsthafte Anstalten, das preußische Dreiklassensystem zu ersetzen durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Wohl aber trat mit dieser Forderung das erwachende Proletariat sofort auf den Kampfplatz, als sein Wortführer Lassalle 1863 die Fahne des Klassenkampfes in dem „Offenen Antwortschreiben“ aufpflanzte. Diese Forderung war zwar für ganz Deutschland, zunächst aber für Preußen gemüht. Schon 1866 war sie für Deutschland, d. h. zunächst für den Norddeutschen Bund, 1871 auch für das neu gegründete Deutsche Reich verwirklicht, da die preußische Regierung, um ihr revolutionäres Eingreifen durch die öffentliche Meinung sanktionieren zu lassen, genötigt war, für die deutschen Verhältnisse wenigstens diese alte achtundvierziger Errungenschaft wieder ins Leben zu rufen. Sätte damals das Bürgertum noch einigermaßen Rückgrat gezeigt, es hätte mit dem Proletariat zusammen auch für Preußen die Einführung des Reichstagswahlrechts erwirken können. Neugierlich bekannte sich sogar die nationalliberale Partei, unter welcher Firma die große Masse des Bürgertums fortan ihre politischen Geschäfte betrieb hat, auch 1867 noch zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten. Aber das geschah nur, um den schönen Schein zu wahren. Tatsächlich war jene Partei ja selbst der sichtbare Ausdruck der Auslösung der großen Masse des Bürgertums mit dem halbabsolutistischen Regierungssystem. Ihrer Natur als privilegierte Klasse nach konnte sie nicht eine Forderung betreiben, die nur mit Hilfe einer großen Volksbewegung gegen dieses Regierungssystem sich durchsetzen ließ. Sehr bald ließ denn auch die nationalliberale Partei die 1867er Forderung völlig fallen. Heute ist sie die Verteidigerin des Dreiklassenwahlrechts im preußischen Abgeordnetenhause.

Aber auch bei den anderen bürgerlichen Parteien, die der Form nach Gegner dieses Wahlrechts sind, ist, je nach dem Grade und dem zeitweisen Stande ihrer Regierungsfähigkeit, wie man schönrednerisch die untertänige Folgsamkeit einer Partei gegenüber Junkertum und Bürokratie nennt, die Neigung für das Reichstagswahlrecht gestiegen oder gesunken. So war die Stimmung der Zentrumspartei dafür völlig abgeflaut während der Zeit ihrer Bülow-Freundschaft. Sie ist jetzt, seitdem die Schutztruppe Roms in die Oppositionsstellung gedrängt wurde, wieder um einige Grade gestiegen.

Andererseits ist in der Blockpaarung des sogenannten entschiedenen Liberalismus mit den Konservativen zur Durchführung der Kolonial-, Marine- und Seeresforderungen ein neues Hemmungsmoment gegen das Eintreten der Liberalen in eine große Volksbewegung zur

Demokratisierung des preussischen Staatswesens entstanden.

Nur aus den entrechteten Klassen, nur aus dem Proletariat selbst konnte diese Bewegung erwachen, die jetzt von Jahr zu Jahr mit wachsender Kraft unser öffentliches Leben durchwog. Entrechtet durch die Dreiklassenmach sind nicht nur die Proletarier, die zur Sozialdemokratie sich bekennen, getroffen werden dadurch alle Arbeiter, alle Proletarier, wos Glaubens, welcher Abstammung sie sind, ja welcher Partei sie auch gegenwärtig Gefolgschaft leisten mögen. Sie alle gilt es aufzurütteln, damit sie einschwenken in diesen Klassenkampf, der zu einem siegreichen Ende führen muß, weil die wirtschaftliche Entwicklung in Preußen und Deutschland die volle Verwirklichung des elementarsten politischen Rechtes, des gleichen Wahlrechtes für Männer und Frauen, zu einem Gebot der geschichtlichen Notwendigkeit gemacht hat.

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

Trotzdem der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers, Freiherr v. Stengel, unter Assistenz, richtiger unter Führung des preussischen Ministers v. Rheinbaben die Vandoletsteuer für Zigarren einführen möchte, raten mehrere Regierungen kleinerer Bundesstaaten hin und her, wie statt der Vandoletsteuer eine andere Mehrbelastung des Tabaks unternommen werden könnte. Allerhand Gerüchte schwirren darüber durch die bürgerliche Presse, aber etwas faßbar Bestimmtes, das kritisch zerlegt werden könnte, liegt bis jetzt darüber nicht vor.

Die Tabakindustrie hat daher nur mit der Tatsache zu rechnen, daß die Vandoletsteuer im Bundesrat beraten wird und als einziges Projekt von dem Reichsschatzsekretär festgehalten wird, schon deshalb, weil es dem Tabakmonopol direkt vorarbeitet.

Gegenüber der unerhörten Zumutung, den Tabak noch mehr zu belasten, weist die Süddeutsche Tabakzeitung in ihren nachfolgenden Ausführungen auf den bisherigen finanziellen Ertrag des Tabaks für den Fiskus hin:

Ueber den Umfang und die Produktion der deutschen Tabakindustrie wurden vor zwei Jahren Erhebungen veranstaltet, deren Ergebnisse jetzt angeht die geplanten steuerlichen Mehrbelastung des Tabaks von besonderem Interesse sind. Die Zahl der in der gesamten Tabakindustrie in Deutschland beschäftigten Vollarbeiter wurde auf 140 233 festgestellt, der Rohstoffverbrauch auf 610 000 Doppelzentner ausländischer und 270 000 Doppelzentner inländischer Tabak, die Produktion auf 7 384 000 Mille Zigarren im Fakturwert von 284 Millionen Mark, 3 200 000 Mille Zigaretten im Fakturwert von 32 Millionen Mark. 272 800 Doppelzentner Rauchtabak im Fakturwert von 40,92 Millionen Mark, 50 000 Doppelzentner Rauchtobak im Fakturwert von 15 Millionen Mark und 45 650 Doppelzentner Schnupstobak im Fakturwert von 11,905 Millionen Mark. Der Fakturwert aller Fabrikate stellte sich somit auf rund 384 Millionen Mark, wovon 284 Millionen Mark oder 74 Prozent auf Zigarren entfielen. Geht schon hieraus hervor, welche dominierende Stellung die Zigarrenfabrikation innerhalb der deutschen Tabakindustrie einnimmt, so wird dies noch weiterhin dadurch bestätigt, daß von den ermittelten 140 233 Vollarbeitern nicht weniger als 123 624 gleich 88 Prozent in der Zigarrenfabrikation beschäftigt waren und daß von den verarbeiteten 880 000 Doppelzentnern Rohstoff 436 800 Doppelzentner ausländischer und 152 250 Doppelzentner inländischer Rohstoff, zusammen also 589 050 Doppelzentner gleich 67 Prozent zur Herstellung von Zigarren verwendet wurden.

Die ermittelten Zahlen, denen die Verhältnisse der Jahre 1903 zugrunde liegen, dürften, abgesehen von der inzwischen eingetretenen Zunahme der Produktion, die bei Zigaretten sehr erheblich, bei den übrigen Fabrikaten weniger bedeutend gewesen ist, auch heute noch annähernd zutreffen. Der Rohstoffverbrauch in der Zigarettenfabrikation, der für 1903 auf 37 000 Doppelzentner Tabak ausländischer Ursprungs festgestellt war, mag heute vielleicht 50 bis 55 000 Doppelzentner betragen. Dies ist aber immer nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil des gesamten Rohstoffverbrauchs der deutschen Tabakindustrie, und die vor zwei Jahren eingeführte Vandoletsteuer auf Zigaretten trifft daher nur höchstens 6 Prozent des gesamten heimischen Konsums von inländischen Tabakfabrikaten. Ganz anders würde der Wirkungsbereich einer Zigaretten-Vandoletsteuer sein. Die deutsche Zigarettenindustrie verarbeitet zwei Drittel der gesamten Rohstoffmenge, und wenn auch ein Teil davon als Stengel und Rippen in die Rauch- und Rauchtobakfabrikation übergeht, so kann doch mindestens die Hälfte des deutschen Tabakkonsums auf Zigaretten gerechnet werden. Wird dieser Teil des Verbrauchs einer Sonderbesteuerung unterworfen, wie es bereits bei der Zigarette der Fall ist, so wird aller Voraussicht nach ein Rückgang des gesamten Tabakkonsums eintreten; denn es ist kaum anzunehmen, daß ein erheblicher Teil der bisherigen Zigarettenraucher sich der Pfeife zuwenden wird.

Von diesem Rückgang würde dann aber eine Industrie betroffen werden, die, wie oben erwähnt, bereits vor vier Jahren rund 124 000 Vollarbeiter beschäftigt hat, wobei die in den Neben- und Hilfsindustrien beschäftigten Arbeiter nicht mitgezählt sind. Auf der nach obiger Statistik in der deutschen Zigarettenindustrie verarbeiteten Rohstoffmenge ruhten folgende Zolls- und Steuerbeträge: a) auf 436 800 Doppelzentner ausländischem Rohstoff 37 128 000 Mark Zoll, b) auf 152 250 Doppelzentner inländischem Rohstoff 6 851 250 Mark Steuer; das sind zusammen rund 44 Millionen Mark. Und wenn man den heutigen Rohstoffverbrauch der deutschen Zigarettenfabrikation zu 470 000 Doppelzentner ausländischem und 170 000 Doppelzentner inländischem Tabak annimmt, so ergibt sich eine Zolls- und Steuerbelastung in Höhe von rund 48 Millionen Mark. Von gewisser Seite ist der Ertrag einer Zigaretten-Vandoletsteuer auf 51 Millionen Mark veranschlagt worden. Da hierbei offenbar bereits mit einer Verminderung des Zigarettenkonsums gerechnet ist, so würde durch die vorgeschlagene neue Steuer die steuerliche Belastung weit mehr, als verdoppelt werden.

Ferner mündet sich die Süddeutsche Tabakzeitung gegen die Angabe der Schlesischen Zeitung, „es sei ein offenes Geheimnis, daß an maßgebender Stelle Zigarettenfabrikanten ein Wort für die Zigarettenvandolet gelegt haben,“

und fordert das Blatt auf, Namen zu nennen, sonst halte sie die Behauptung für erfunden.

Wir sind nicht so ganz sicher, daß die Regierung sich nicht sollte einige pflaumenweiche Fabrikanten als Helfershelfer für ihr Projekt zugelegt haben. Aber es kommt darauf nicht an, vielmehr darauf, ob die organisierte Unternehmerschaft der Zigarettenindustrie ein dastehet gegen jede Mehrbelastung unserer Industrie.

Diese Einigkeit könnte stark in Zweifel gezogen werden angeht eine Neußerung, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Naumann in einer bei Sagebiel in Ham-

burg am 3. Januar dieses Jahres abgehaltenen Versammlung machte. Wir geben hier diese Neußerung nach dem Bericht des Hamburger Echo wieder:

Ein Tabakinteressent, Herr Will, fragte den Referenten (Naumann), wie er sich zu der unheilvollen Vandoletsteuer für Zigarren stelle. Herr Naumann behandelte diese Anfrage nach seinem berühmten Vorbilde, dem Reichskanzler, diplomatisch. Vorläufig sei die Vandoletsteuer noch nicht auf dem Plane. Ein großer Staat werde auf eine solche Einnahmequelle nicht verzichten wollen. Vertreter der Zigarettenindustrie hätten ihm gesagt, mit der Vandoletsteuer könnten die besseren Sorten getroffen werden, so daß die minder guten Sorten von dieser Steuer verschont bleiben könnten. Tabak sei kein notwendiges Nahrungsmittel, deshalb könne er sich nicht in so starken Ausmaßen gegen die Vandoletsteuer ergehen, wie der Tabakinteressent. Im Freihandelsland England würden Tee, Kaffee und Tabak stark zur Steuer herangezogen. Sollten wir bei uns das Schutzollsystem dadurch los werden, dann würde er für die Besteuerung dieser Gegenstände zur Erhaltung des Staates zu haben sein. Er vermöge daher nur im Allgemeinen seiner Tabaksympathie Ausdruck zu geben.

Das ist der keimende Verrat im freisinnigen Lager. Denn wenn bereits Herr Naumann, der sich gern als Gegner indirekter Steuern gerierte, sich den Weg zu einem eventuellen Umfall mit anonymen Gutachten aus Vertreterkreisen der Zigarettenindustrie zu pflastern sucht, dann werden die noch mehr unsicheren Kantontenisten des Freisinn viel leichteren Herzens das Attentat gegen den Tabak ausführen helfen. In Anbetracht der Naumannschen Neußerungen müssen wir um so mehr aufordern, die freisinnigen Abgeordneten in den von ihnen vertretenen Wahlkreisen scharf aufs Korn zu nehmen und bündige Erklärungen über ihre Stellung zur Tabaksteuerfrage zu fordern.

Erfreulicherweise können wir gegenüber den Naumannschen Neußerungen mitteilen, daß im 13. badischen Wahlkreise, Bretten-Sinsheim, allwo in Sinsheim eine Protestversammlung der Tabakinteressenten und Arbeiter stattfand, in welcher der Gauleiter unseres Verbandes, Genosse Krohn, über die Tabaksteuerfrage referierte, der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Herr Kupp, Mitglied des Bundes der Landwirte, folgende Erklärung abgab (siehe Bericht in der heutigen Nummer):

„Ich habe die Ueberzeugung, daß die Vandoletsteuer, so wie jede Mehrbelastung des Tabaks zum Schaden der Bevölkerung meines Wahlkreises ist, ich werde deshalb gegen jede solche Vorlage stimmen.“

Überall sollte man die Abgeordneten zu positiven Erklärungen über ihre Stellung zur Tabaksteuerfrage veranlassen. Aber ungefäumt!

Rundschau.

Anschläge gegen den Reichstag. In Blockfreien besteht, wie eine konservative Korrespondenz mitteilt, der Plan, die Tätigkeit des Reichstags einzuschränken, und zwar angeblich behufs Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten. Es heißt in dieser Darlegung u. a.:

„Im neuen Jahre wird der Reichstag (soll heißen die Blockfreiheit! Red.) höchstwahrscheinlich Schritte unternehmen, um die parlamentarischen Arbeiten nutzbringend zu gestalten und auch zeitlich mehr zu fördern. Bekanntlich ist dem Präsidium des Reichstags schon wiederholt der Vorschlag gemacht worden, wichtige Beratungen zu konfektieren, das heißt, für diese Materien eine bestimmte Anzahl von Tagen festzulegen und in dieser Zeit für jede Fraktion durch einen Redner den Standpunkt der Fraktion darlegen zu lassen. Was an Zeit noch übrig bleibt, kann der zweiten Rednergarnitur, den Wiederäußern oder den besonders Interessierten, zum Reden überlassen bleiben. Es ist in den letzten Sessionen im Reichstag immer mehr Gebrauch geworden, alles mindestens dreimal zu repetieren und (?) recht viele Reden zum Fenster hinaus zu halten. Dies wird sich nicht immer verhindern lassen, mag auch manchmal notwendig sein. Es dürfte aber doch jetzt an der Zeit sein, etwas zu unternehmen, um die Debatten weniger langweilig und für die Geschäfte mehr fördernd zu gestalten. Auf Selbstdisziplin darf nur wenig bei den Volksvertretern gerechnet werden, denn jeder hält seine Rede für die wichtigste und möchte auf sie nicht verzichten. Es soll daher nach Neujahr versucht werden, zwischen den Parteien eine Einigung herbeizuführen. Es ist leicht möglich, daß ein offizieller Fraktionsredner alles das zusammenfaßt, was die Fraktion an der betreffenden Materie zu loben und zu tadeln hat.“

Abänderungen an Entwürfen werden nur in den Kommissionen vorgenommen, das Plenum billigt hauptsächlich durch seine Beschlüsse nur die Entschlüsse einer Kommission oder verwirft sie. Es ist deshalb namentlich bei ersten Beratungen im Plenum überflüssig, auf einen Entwurf, in den Einzelheiten einzugehen, da die im Plenum gemachten Vorschläge für die Kommissionen nicht maßgebend sind.

Die Blockparteien haben sich in den letzten Wochen Mühe gegeben, die Beratungen nicht zu sehr auszudehnen, und sind dem Ideal schon näher gerückt. Kommt eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande, so müßte eben die Mehrheit immer auf dem Platze sein und uferlose Debatten abschneiden. Dieses Gewaltmittel sollte man aber zunächst vermeiden und lieber gemeinsame Abmachungen treffen.“

Schließlich wird auch einer Beschränkung der parlamentarischen Berichterstattung in der Presse das Wort geredet.

Dieser saubere Plan bietet an sich nichts Neues. Was er will, ist von den reaktionären Mehrheitsparteien schon öfter ganz offen ausgesprochen und erstrebt worden. In der Richtung der Tendenz dieses Plans liegt z. B. die vor einigen Jahren anläßlich der Zolltarifdebatten von den Mehrheitsparteien, auf Betreiben des Zentrums vorgenommene Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstags, die ausgesprochenemal geradezu darauf berechnet ist, die oppositionelle Minderheit, vornehmlich die Sozialdemokratie, mundtot zu machen, ihr die parlamentarische Redefreiheit einzuschränken.

Die Blockpolitik wird, wie es scheint, noch frecher!

Unberechenbare Politik. „So unberechenbar wie heute ist die nächste Zukunft Deutschlands noch nie gewesen“, schreibt die liberale Kölnische Volkszeitung, und bemerkt weiter: „Unsicherheit, wohin man sieht. Unsicherheit und Zerknirschtheit, das sind heute die Kennzeichen der Lage im Deutschen Reiche.“ Ganz richtig, aber das Zentrum ist

an dieser Begleiterscheinung der Bismarckschen Politik nicht ohne Schuld. Als es noch mit regierte, da war ihm die Erhaltung der Gunst des Hofes die Hauptsache, die Interessen des Volkes Nebensache. Anstatt Garantien für eine gesunde politische Entwicklung zu schaffen, die immer nur auf dem Boden demokratischer Reformen möglich ist, hat das Zentrum das Seine getan, um den modernen launenhaften Absolutismus und Imperialismus großzuziehen, und dadurch die Unsicherheit in der politischen Lage mit herbeigeführt. Und käme es heute wieder an die Regierung, es würde wiederum sein Steuer auf die Hofgunst einstellen und in Beziehung auf die Volksinteressen fünf gerade sein lassen. Weder vom Zentrum, das ja auch an dem neuen Zolltarif und an der mit ihm verbundenen enormen Lebensmittelpreuerung mit Schuld trägt, noch von den Blockparteien ist eine Periode sicherer politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse zu erwarten, sondern diese kann erst kommen, wenn in Staat und Gesellschaft der sozialistische Gedanke gesiegt hat.

Ueber die geplanten neuen Reichssteuern schreibt der Vorwärts:

„Die Frage der Reichsfinanzreform erscheint immer unlöslicher. Eine „Veredelung“ der Matrikularbeiträge würde auch ihre Erhöhung bedeuten, und dagegen setzen sich die Einzelstaaten zur Wehr. Zuerst hat der Finanzminister Sachsen protestiert. Ihm haben sich jetzt auch die Finanzminister Bayerns, Württembergs und Badens auf einer Konferenz in Stuttgart angeschlossen. Auch sie verlangen die Deckung des Defizits durch indirekte Steuern. Die Blockpolitiker wissen deshalb keinen andern Ausweg, als die Verschiebung jeder Finanzreform zu fordern, angeblich um Zeit für eine „gründliche“ Reform zu schaffen, in Wirklichkeit, um sich die Galgenfrist zu verlängern. Diesem Plan widerstreben aber sowohl das Reichsschatzamt als auch die Finanzminister der Einzelstaaten. Die Lage des Geldmarkts, auf dem die Erleichterung wohl diesmal noch viel später eintreten dürfte als 1907, läßt den Ausweg einer großen Anleihe überaus mißlich erscheinen. Andererseits würde die Deckung des Defizits aus Matrikularbeiträgen die einzelstaatlichen Budgets bedenklich aus dem Gleichgewicht bringen. Die Reichsregierung scheint also den Blockpolitikern den gewünschten Aufschub kaum bewilligen zu können; wenigstens will sie das Branntweinmonopol und die Zigarettenvandoletsteuer sofort durchsetzen. Die Sehnsucht der Konservativen nach dem Zentrum scheint gerade durch diese Steuerfragen gesteigert zu werden. Denn das Zentrum ist noch am ehesten für indirekte Steuern zu haben, wenn es auch vorläufig sich gegen die vorgeschlagenen ausgesprochen hat. Allerdings ist es möglich, daß zuletzt der Freisinn, um dem Bankrott seiner Politik nicht zugestehen zu müssen, auch die indirekten Steuern schluckt. Seinen prinzipiellen Widerstand gegen indirekte Steuern scheint er endgültig aufzugeben zu haben. In einem Artikel von Müller-Meinigen in der Botschaften Zeitung, in dem er für die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer eintritt, heißt es zum Schluß:

Nach den einstimmigen Beschlüssen der linksliberalen Parteien sollen pari passu direkte und indirekte Steuern zur Deckung des Defizits herangezogen werden.“

Uns war bisher von einem Beschluß, daß der Freisinn auch indirekte Steuern bewilligen will, nichts bekannt. Es ist klar, daß damit der Umfall des Freisinn bereits angedeutet ist. Die indirekten Steuern wird man bewilligen und die direkten wird man sich verschreiben lassen ganz im Geiste der Blockpolitik, die ja in liberalen Versprechungen und reaktionären Taten besteht. Um so dringender ist es, daß die Agitation gegen neue indirekte Steuern einlekt.“

Die Steuererträge aus dem Tabak betragen in Deutschland in den letzten beiden Jahren:

	1905/06	1906/07
1. Tabakzölle, Rohereinnahme		
aus Blättern, unbearbeitet . . .	63 794 000	53 225 000
„ Stengeln und Rippen . . .	1 652 000	1 554 000
„ Laugen . . .	1 026 000	963 000
„ Zigarren . . .	1 087 000	1 113 000
„ Zigaretten . . .	2 786 000	2 627 000
„ anderen Tabakfabrikaten . . .	1 808 000	1 024 000
Zusammen	71 653 000	60 306 000
Ausfuhrvergütungen . . .	239 000	291 000
bleibt Reineinnahme	71 414 000	60 015 000
2. Tabaksteuer, Rohereinnahme . .	12 370 000	11 176 000
Ausfuhrvergütungen ufm. . .	126 000	126 000
bleibt Reineinnahme	12 244 000	11 050 000
3. Steuer von Surrogaten . . .	76 000	70 000
Im ganzen Reineinnahme	83 734 000	71 135 000

Der Rückgang gegenüber dem Jahre 1905/06 erklärt sich aus den starken Vorberzollungen, die Ausgangs 1905 wegen der damals drohenden Zollhöhungen vorgenommen wurden. Diese Vorberzollungen haben natürlich eine entsprechende Abnahme der Verzollungen im Jahre 1906/07 bewirkt. Das arithmetische Mittel zwischen der Reineinnahme der beiden Jahre stellt sich auf 77 1/2 Millionen Mk.

In dieser Summe ist aber der Ertrag der Zigarettensteuer nicht enthalten. Dieser wird, wenn man die Einnahme für die 12 Monate September 1906 bis August 1907 zugrunde legt, auf 15 1/2 Millionen Mk. veranschlagt werden müssen. Es ergibt sich also ein Gesamtertrag für das Reich in Höhe von 93 Millionen Mark, und dieser Ertrag steigert sich von Jahr zu Jahr.

Man sollte meinen, daß hiernach der Tabak gerade hoch genug mit Reichssteuern belastet sei. Jede weitere Belastung muß notwendig einen starken Rückgang des Konsums herbeiführen. Ist doch bereits in den letzten Jahren der Tabakverbrauch in Deutschland zurückgegangen. Nach der amtlichen Statistik stellte sich der Verbrauch pro Kopf im Jahre 1895/96 auf 1,78 Kilogramm, im Jahre 1900 bis 1901 auf 1,56 Kilogramm, im Jahre 1901/02 auf 1,61 Kilogramm, 1902/03 auf 1,57 Kilogramm, 1903/04 auf 1,54 Kilogramm, 1904/05 auf 1,56 Kilogramm, 1905/06 infolge der starken Vorberzollungen auf 1,63 Kilogramm und 1906/07 auf 1,45 Kilogramm.

Gewerkschaftliche und amtliche Streitstatistik. Ueber die in Deutschland vorkommenden Streiks und Ausperrungen, über deren Umfang, Dauer und Resultat wird von den Gewerkschaften durch deren Zentralfstelle, die

Generalkommission, seit dem Jahre 1890 eine Statistik geführt. Erst acht Jahre später nahm der damalige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Graf Posadowsky, Veranlassung, die amtliche Statistik über die Streiks und Aussperrungen einzuführen.

Während die gewerkschaftliche Streikstatistik aus kleinen Anfängen heraus sich zu einer der verdienstvollsten und wichtigsten Sozialstatistiken entwickelte und besonders in den beiden letzten Jahren erhebliche Erweiterungen und Verbesserungen erfahren hat, ist die amtliche Streikstatistik bis heute geblieben, was sie von Anfang an war: ein zwar umfangreiches, aber inhaltloses Werk, das jeder praktischen Bedeutung entbehrt. Beide Statistiken, die amtliche und die gewerkschaftliche, obgleich angeblich einem und demselben Zwecke dienend, beruhen auf sehr verschiedenen Grundlagen. Wird für die gewerkschaftliche Statistik das Material durch die Funktionäre der Organisationen durch zweckentsprechende Fragestellung mittels einheitlicher Formulare gesammelt und durch die Zentralverbände der Generalkommission übermittelt, so sind mit der Beschaffung des Materials für die amtliche Statistik die höheren Verwaltungsbehörden betraut, die sich als Mittelpersonen der unteren Polizeiorgane bedienen. Das auf diese Weise an das Reichsstatistische Amt gelangende Material wird dort auf Grund von Zeitungsnachrichten berichtigt und ergänzt. Man braucht auf dem Gebiete der Statistik nicht sehr bewandert zu sein, um zu erkennen, daß die Art der amtlichen Erhebung jeder Zuverlässigkeit bar ist. Die Angaben in den beiden Statistiken weichen denn auch, wie das gar nicht anders zu erwarten ist, stets sehr erheblich voneinander ab. Die Abweichungen sind derart, daß so weit der Erfolg der Streiks und Aussperrungen in Frage kommt, die amtliche Statistik so ziemlich das Gegenteil von dem berichtet, was die gewerkschaftliche Statistik enthält.

Wer vernichtet das Kleinhandwerk? In auffällender Schrift bringt die Süddeutsche Glaserzeitung (ein Unternehmerorgan) folgende Meldung:

„Wie man das Kleinhandwerk schützt! Soeben fliegt uns folgendes Geheimschreiben auf den Redaktionstisch: Mit einem Kapital von zirka 20 Millionen soll folgender Glasertrust gegründet werden: Den Verkauf von Tafelglas soll ohne Unterschied der Fabriken für Nordbayern die Firma Densel, Nürnberg, für Südbayern die Firma Waigerleitner, München, für das gesamte Württemberg die Firma Beck, Heilbronn, für Baden die Firmen Fricomann u. Häußler, Mannheim, für Sachsen und Norddeutschland sechs weitere uns bis zur Stunde unbekannte Großfirmen übertragen erhalten.“

Durch diese Trustbildung würden selbstverständlich sämtliche Glasfirmen und Händler ausgegliedert, was gewiß zu bedauern wäre. Die Redaktion.

Natürlich ruiniert nur die Sozialdemokratie das Kleinhandwerk, die Trusts sind daran unschuldig, wie vorstehendes Beispiel drastisch beweist.

Preisauflage der Rahtabakfabrikate. Wie man uns aus Halle a. S. schreibt, kündigen die vereinigten Rahtabakfabriken ihren Abnehmern einen erheblichen Preisauflage an, den sie mit dem Hinweis begründen, daß die Rohabake im Durchschnitt um 30-40 Prozent gestiegen seien. Die Preisauflage soll in der Weise vor sich gehen, daß die Rollen Rahtabak von nun an kleiner geliefert werden, also mehr Rollen auf ein Pfund kommen. Die 5-Pfennig-Rolle wird, da sie nicht gut kleiner gemacht werden kann, von nun an ganz verschwinden. An ihre Stelle tritt die 10-Pfennig-Rolle.

30 000 Arbeitslose. Nach den neuesten Feststellungen der Berliner Gewerkschaftskommission befinden sich in Groß-Berlin gegenwärtig rund 30 000 Arbeitslose. Am schwersten sind die Holz- und Metallindustrie und das Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Arbeitslosigkeit bei diesen drei Gewerben beträgt fast das Vierfache des vergangenen Jahres, die Zahl der Arbeitslosen im allgemeinen ist aber vielleicht noch höher, da bei verschiedenen Gewerben, wo genaue Angaben noch nicht vorliegen, diese erst beigebracht werden müssen.

Berichte.

Schwege. (Erwiderung.) Um die in Nr. 1 des Tabak-Arbeiters behaupten, „jeber Beschreibung spottenden Verhältnisse“ in unsrer Fabrik, nach der wir „die Löhne der Rahtabakarbeiter auf das niedrigste Niveau herabzubringen verstanden haben“, Marzulegen, machen wir folgende Mitteilung: Nach unsern Lohnbüchern verdienen flotte Spinner in Wochen von 60 Stunden 25-28 Mark, weniger flotte Spinner 21-24 Mark, welchen sich solche mit 18-22 Mark anreihen. Jüngere Leute von 18-20 Jahren verdienen 15-18 Mark.

Der Verfasser des gegen uns gerichteten Artikels führt wohl einige Affordbänge an, vermeidet aber, den Wochenverdienst der Spinner zu nennen. Die Affordbänge, die beiläufig ungenau erwähnt sind, stimmen mit denen der Konkurrenz nicht überein, dafür geben wir den Spinneuren als Einlage erheblich besseres Buschgut.

Die Röllchenmacherlöhne sind im Verhältnis fast genau dieselben.

Die Vorleger haben einen Wochenverdienst von 9-13 Mark. Wenn dieselben nach Einnahme des Frühstückes und Vespers, das oft länger als 1/2 Stunde dauert, ihre Zeit ausnutzen, so hindern wir dies nicht, und mittags die Mädchen, die teilweise aus den umliegenden Dörfern kommen, aus der Fabrik zu weisen, widerstrebt uns.

Der augenblicklich immer noch rege Geschäftsgang in allen Industriezweigen, auch hier, würde bei geringen Löhnen recht bald den Weggang unsrer Arbeiter herbeiführen, aber es ist das Gegenteil der Fall, da unsre Spinner und Röllchenmacher 10, 15-25 Jahre beschäftigt sind bei uns.

Die Bestätigung unsrer wahrheitsgemäßen Angaben sind wir bereit, notariell beglaubigen zu lassen. Die Unzufriedenheit bei unsern Spinneuren ist dadurch hervorgerufen, daß dieselben eine Zeit lang eine Stunde pro Tag kürzer arbeiten mußten und dadurch ihr Verdienst im Verhältnis geschmälert wurde. Baum u. Busch.

Hannau. Am 8. Dezember fand hier eine leider schwach besuchte Protestversammlung statt, in welcher Frau Wadwitz aus Dresden referierte. Kollege Gräbener eröffnete um 4 Uhr die Versammlung und bedauerte die schwache Beteiligung, da doch die Tabakarbeiter Hannaus am ersten am Platze sein müßten wegen ihrer traurigen Lage, und erteilte dann der Kollegin Wadwitz das Wort zu dem Thema: Die Vandalensteuer und ihre Schäden. Kollegin Wadwitz wies in ihrem Referat auf die schlechten Lohnverhältnisse in der Tabakindustrie, die enorme Zahl der Erkrankten in der Tabakbranche sowie auf die fortwährenden Steuerpläne der Reichsregierung hin, durch welche nachgewiesenermaßen die Lage der Arbeiter verschlechtert werde. An der Hand reicher Materials zeigte unsre Kollegin, wie wir unter der Teuerung zu leiden haben und daß kein Tabakarbeiter

da wäre, der seiner Familie die Mutter geben könnte, ohne daß sie mit arbeiten müßte; die Arbeiter könnten mit ihrem Durchschnittsjahresverdienst von 519 Mk. keine Familie durchbringen und die Unterernährung müsse Platz greifen. Deshalb müsse energig Protest erhoben werden gegen die neuen Steuerpläne der Reichsregierung, da eine neue Belastung der Tabakindustrie, gleichviel in welcher Form, ob Vandalen- oder Vandalensteuer, eine ungeheure Schädigung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur Folge hat. Sie forderte die Versammlung auf, Protest zu erheben gegen das Vorgehen der Reichsregierung wegen der fortgesetzten Drangsalierung der Tabakindustrie, und zu verlangen, daß die gemeinschaftlichen indirekten Steuern beseitigt werden. Dafür soll eine progressive Einkommensteuer eingeführt werden. Angesichts der Gefahr sollten alle Tabakarbeiter dem Verbands beitreten. Kollege Gräbener schlug vor, eine Kommission zu wählen, um der Vandalensteuer entgegen zu arbeiten. Gewählt wurden die Kolleginnen Roth und Knaf sowie die Kollegen Lamm, Gräbener, Herber und Egold.

Ronneburg S.-A. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand unser erster Bevollmächtigter Herrmann Patendorf; dieser hatte in Gemeinschaft mit mehreren Kollegen am 24. September mit dem arbeitswilligen Zigarrenfortierer Magnus Werner eine harmlose Unterredung, aus welcher eine Anklage wegen versuchter Nötigung und Drohung (Vergehen gegen §§ 43 und 240 des Strafgesetzbuchs) entsprungen war. Den Anlaß dazu gab der Streik bei der Firma Rein. Die beiden Sortierer, M. Werner von hier und Max Fidenwirth aus Döbeln i. S., arbeiteten weiter. Ersterer war von einer militärischen Übung zurückgekommen, wurde an dem erwähnten Datum mittags auf dem Wege zur Arbeit von Patendorf angehalten und gefragt, ob er weiter arbeite. Als er bejahte, habe P. angeblich bemerkt: „Ueberlege es Dir noch reiflich, wenn Du mittags durch die Reihen der Arbeiter mußt, die Dich dann verachten; komm heute abend zu mir und teile mir Deinen Entschluß mit und Deinem Kollegen, dem Fidenwirth, kann auch mal der Strich vollgehauen werden, wenn auch nicht von Zigarrenarbeitern, aber von anderen.“ Patendorf bestritt, diese Äußerung getan zu haben, aber der arbeitswillige Werner bezeugte, P. hätte diese Äußerung getan; er will aber diese Worte nur als bloße Warnung aufgefaßt haben, läßt sich aber durch Kreuzfragen des Vorsitzenden und Amtsanwalts dazu herbei, zu erklären, daß eine Art Drohung und Beängstigung herausgehört gewesen sei. Er teilte die Äußerung dem Fidenwirth mit. Der Zeuge arbeitswillige Fidenwirth behauptete auf entsprechende Fragen, wegen der Äußerungen des Angeklagten schon längere Zeit nicht ausgegangen zu sein. Die Zeugen Großer, Beier und Moosdorf bestritten, eine Äußerung Patendorfs gehört zu haben, die den Fidenwirth mit Schlägen bedrohte. Der Amtsanwalt hält nach den Aussagen der arbeitswilligen Werner und Fidenwirth die versuchte Nötigung und Drohung für erwiesen und beantragt 30 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger Patendorfs ersuchte den Gerichtshof, diese Strafe zu vermindern, da selbiger doch noch unbescholten wäre. Daraus lautete das Urteil auf 20 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle vier Tage Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Seiffenensdorf. Die Quartalsversammlung am 4. Januar hatte einen schlechten Besuch, was um so mehr zu bedauern ist, als die Erhaltung der Errungenschaften der letzten Zeit einen festeren Zusammenhalt erfordert. Oder ist die fünfprozentige Lohnzulage nicht nur durch den Verband möglich geworden? Die vom Vertrauensmann gegebene Abrechnung vom 4. Quartal zeigte einen Mitgliederbestand von 51 gegen 46 im vorigen Quartal. Betreffs der Protestbewegung gegen die Vandalensteuer wurde beschlossen, in eine Agitation gegen dieselbe einzutreten, obwohl das Aufbringen der Kosten als schwierig bezeichnet wird. Das Weiter wird der Kommission überlassen, welche aus den Kollegen Gastmann, G. Wenzel und R. Mathias besteht. In die Ortsverwaltung wurden Herrmann Girsch, Reinhardt Seifert und Fr. S. Michel wiedergewählt. Zu Kontrollleuten wurden Bobst, Palme und M. Sturm und zu Kartelldelegierten S. S. Michel, Hermann Kofcher und M. Sturm gewählt. Außerdem gilt der Vertrauensmann als Delegierter. Nach dem Kartellbericht wurden die Mitglieder ganz besonders aufgefordert, sich vollzählig an dem am 19. Januar in der Krone stattfindenden Gewerkschaftsfest zu beteiligen. Eintrittskarten sind beim Vertrauensmann erhältlich.

Hn die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im 12. Bezirk.

Kollegen, Kolleginnen! Um eine intensive Agitation gegen die drohende Vandalensteuer entfalten zu können, ist es notwendig, daß überall sofort freiwillige Sammlungen vorgenommen und die verfügbaren Gelder sofort an den Kassierer des Bezirks, Kollegen Herm. Schnelle, Zwintschöna bei Halle a. S., Nr. 54, gesandt werden. Den Vertrauensleuten bzw. den Obmännern der einzelnen Kommissionen sind Sammellisten bereits zugesandt worden und können solche noch weiter von hier bezogen werden. Die Abrechnung dieser Listen hat an die Bezirkskommission zu erfolgen.

Mit kollegialem Gruß

Die Kommission für den 12. Bezirk.

Otto Wenzel, Herm. Schnelle, Gust. Zimmermann, Paul Lorenz, A. Grundmann, A. Krause.

Hn die Tabakarbeiter Schlesiens und Posen.

Der Zigarrenindustrie droht eine neue schwere Gefahr! Schon wieder sucht die Reichsregierung aus dem Tabak neue ungeachtete Millionen herauszupressen, welche in erster Linie die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zu tragen haben. Die Folge dieses Vorgehens wird ein kolossaler Rückgang des Tabakkonsums und dadurch bedingte Arbeitslosigkeit, Bevölkerung der Landstraße, Hunger und Elend sein.

Schon jetzt ist der Tabak in einer Weise belastet, daß von einer weiteren Steigerung keine Rede sein kann, ohne der gesamten Industrie den Todesstoß zu versetzen und Zehntausende von Existenzen zu vernichten.

Kollegen und Kolleginnen! Gegen dieses Beginnen der Regierung haben wir Front zu machen und uns gegen dieses Attentat mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft zu wehren.

Die Hauptsache ist die, daß die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen den Ernst der Situation erkennen und hieraus die richtige Lehre ziehen. Vom 10. Januar ab werden wir auf der ganzen Linie den Kampf gegen eine weitere Bedrückung unsrer Industrie aufnehmen. Wollen wir, daß uns dieser Kampf geling und dadurch eine weitere Schädigung der Tabakindustrie vermieden wird, dann ist es notwendig, daß wir unsre Organisation stärken, ihr immer mehr Mitglieder zuführen. Je stärker wir in diesem Abwehrkampf auftreten, desto mehr Beachtung werden wir bei den betreffenden Körperschaften finden. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, mit Mut vorwärts! Auf zum Protest! Niemand, dem an seiner Arbeit, an seinem Verdienst etwas gelegen ist, darf in den Versammlungen fehlen! Versammlungen finden statt:

10. Januar in Rawitsch, Ratibor, Neumarkt und Wansen.

11. Januar in Posen, Oppeln, Liegnitz und Glatz.

12. Januar in Schönlanke, Reisterwitz, Steindorf, Jauer, Striegau, Girsberg, Peterswaldau, Langenbielau.

13. Januar in Birnbaum, Ohlau, Gannau, Görlitz, Frankenstein.

14. Januar in Schwerin, Bries, Goldberg, Schönberg, Schweidnitz.

15. Januar in Breslau, Trebnitz, Muskau, Strehlen und Greiffenberg.

16. Januar in Sprottau.

Referenten sind die Kollegen Langer-Ohlau, Wäntsch-Striegau, Gippe-Goldberg, Langner-Sprottau, Clement-Breslau.

Gewerkschafts- und Parteigenossen! Die Zahl derer, die bisher diese Gefahr noch nicht zu würdigen verstanden, ist leider groß. Alle müssen aufgerufen werden, teilzunehmen an dem Kampfe, der von der Tabakarbeiterenschaft Deutschlands geführt werden muß. Es ist nicht nur eine Gefahr für die Arbeiter in der Zigarrenindustrie, sondern für die gesamte Arbeiterchaft.

Mag Clement, Gauleiter.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Scheel-Platzstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Marie Thiemann aus Bremen, S. I, 21072, aufgen. 12. 7. 03. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren. (3609)

Achtung!

Die Wandertarte des Mitgliedes Johann Berger aus Cöplinsroda, S. I, 51094, aufgen. 26. 10. 87, ist zu konfiszieren und uns einzusenden. Die Wandertarte ist in der Zahlstelle Lübben (207) ausgestellt.

Achtung!

Auf verschiedene Anfragen betr. Krankenunterstützungs-Journale teilen wir mit: Es ist doch selbstverständlich, daß vom 1. Januar 1908 ab die alten Krankenjournale keine Gültigkeit mehr haben. Nur die neuen Journale sind zu benutzen.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Braunschweig: Emil Durgold als 1. Bev., W. Wener als 2. Bev., P. Känel als 3. Bev.; W. Jansen, A. Sander, H. Dienroth als Kontrolleure.

Für Burg b. Magdeburg: R. Staack als 1. Bev., Paul Grubn als 2. Bev., Paul Fißner als 3. Bev.; B. Künne, W. Schulze, W. Birtler als Kontrolleure.

Für Groß-Aueheim: Karl Lober als 1. Bev., Eva Hoffmann als 2. Bev.; Rosa Schneider als Kontrolleurin.

Für Hannau: Konrad Gräbener als 1. Bev., Karl Meth als 2. Bev., Katharina Knaf als 3. Bev.; Jean Egold, Michel Benzing, Ludwig Bohländer als Kontrolleure.

Für Landsberg a. W.: Paul Krabiell als 1. Bev., Fritz Katowski als 2. Bev., Paul Bernbt als 3. Bev.

Für Lorsch: B. Matberger II als 1. Bev., Konrad Gärtner als 2. Bev., Jakob Bohrer als 3. Bev.; Jos. Uhl, Adam Neyer, Nikolaus Watterer als Kontrolleure.

Für Merseburg: August Schmidt als 1. Bev., Karl Diege als 2. Bev., Wilhelm Paphste als 3. Bev.

Für Oederan: Kurt Stephan als 1. Bev., Rudolf Neubert als 2. Bev., Meinh. Räß als 3. Bev.; Max Schubert, Rob. Seifert, Hilma Graupner als Kontrolleure.

Für Schwiebus: Otto Fischbach als 1. Bev., Gustav Henschke als 2. Bev.; Fiesch, Kiepert, Raichle als Revisoren.

Für Sommerfeld: Bruno Nöntsch als 1. Bev., Julius Hoffmann als 2. Bev., Paul Fulle als 3. Bev.; Paul Junke, Otto Harnack, Fritz Waghdorf als Kontrolleure.

Vom 29. Dezember 1907 bis 6. Januar 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
27. Dezember.	30. Dezember.
Breslau 500.—	Orion a. Rh. 100.—
27. Delitzsch 300.—	30. Landsberg a. W. 100.—
28. Kellinghusen 130.—	30. Schwedt a. O. 200.—
28. Sprottau 200.—	31. Neumünster 160.—
28. Rallendar 97.—	31. Dessau 60.—
28. Rbeba i. W. 152.—	31. Spandau 30.—
28. Zerbst 48.80	31. Mag 70.—
28. Weiterenger 180.—	31. Seligenstadt 69.95
28. Schöneck 12.60	31. Burgen 48.20
28. Schönbürg 152.—	31. Raumburg 2.10
29. Salza 800.—	31. Bernburg 100.—
29. Langendreer 3.30	31. Elten 39.41
29. Groß-Aueheim 40.—	31. Wandsbeck 69.50
29. Holfen 50.—	31. Hefentamp 45.—
29. Liegnitz 75.—	31. Spenge 350.—
29. Neckarhausen 86.50	31. Hochdorf 100.—
30. Burgdamm 300.—	31. Nordhausen 150.—
30. Deringhausen 100.—	1. Januar. Berl i. W. 23.90
30. Wünderfeldmarkt 175.—	1. Frofshausen 52.10
30. Wilsen 94.70	2. Burgsteinfurt 40.—
30. Burg b. Magdeburg 73.40	2. Regau 30.—
30. Lannenberg 10.20	2. Klein-Aueheim 121.22
30. Runsweiler 100.—	2. Wandsbeck 280.—
30. Brandenburg 100.—	2. Gartha 209.—
30. Gelbern 400.—	2. Pflungstadt 57.80
30. Verden 100.—	2. Barntrup 16.—
30. Klein-Krognenburg 27.—	2. Ostzig 36.90
30. Altburg 100.—	2. Schmölln 200.—
30. Waldheim 63.60	3. Hamburg 714.—
30. Hanau 47.80	4. Wernigerode 450.—
30. Neugersdorf 25.—	4. Klein-Steinheim 18.50
30. Calbe 28.10	4. Rawitz 100.—
30. Finsterwalde 500.10	5. Groy-Rühben 150.—
30. Schönlanke 100.—	5. Wengsbach 60.10
30. Freiberg i. Sa. 400.—	5. Mühlberg a. E. 26.60
30. Löbau i. Sa. 150.—	5. Wachen 94.29

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erstige die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 6. Januar 1908.

W. Nieder-Welland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Ein ungenügendes Flickwerk.

II. (Schluß.)

Die Grundlage eines ernsthaften Arbeiterschutzes muß der Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter sein. Der Regierungsentwurf aber will davon nichts wissen. Nach ihm soll es dabei bleiben, daß nur für die „jugendlichen Arbeiter“ bis zu 16 Jahren und für die Arbeiterinnen über 16 Jahre, soweit sie in Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern beschäftigt sind, die Maximalgrenze der täglichen Arbeitszeit gesetzlich festgelegt wird.

Der einzige Fortschritt, den der Entwurf in dieser Beziehung verspricht, ist der, daß — wie bereits berichtet — vom 1. Januar 1910 an die Dauer der täglichen Arbeitszeit für jene Arbeiterinnen zehn Stunden nicht überschreiten darf, während nach dem geltenden Gesetz der elfstündige Arbeitstag zulässig ist. Aber die weiteren Bestimmungen des Entwurfs lassen nicht nur die bisherigen Ausnahmen und damit die Möglichkeit bestehen, daß selbst nach dem 1. Januar 1910 die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden kann, sondern fügen sogar noch die weitere Ausnahme hinzu, daß, „wenn besondere Verhältnisse es erzwungen erscheinen lassen“, der Reichskanzler die Erlaubnis zur Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf elf Stunden gestatten darf. Diejenigen Fabrikanten, die noch immer elf Stunden arbeiten lassen, obgleich in den meisten Betrieben die Arbeitszeit dank des Druckes der Arbeiterorganisationen auf 10 Stunden und weniger verkürzt ist, werden sich sicher bei dem Reichskanzler auf ihre „besonderen Verhältnisse“ berufen und verlangen, daß ihnen gestattet wird, die zehnstündige Arbeitszeit in ihren Betrieben nach wie vor aufrechtzuerhalten. Das haben die Herren schon auf ihrer letzten Jahresversammlung dem Reichskanzler erklärt. Bei den guten Beziehungen, die gegenwärtig zwischen den Herren und dem Reichskanzler bestehen, werden derartige Gesuche sicher genehmigt werden.

Freilich wird für diese Fälle in dem Entwurf auch noch verlangt, daß die Dauer der Beschäftigung 60 Stunden in der Woche nicht überschreitet. Ein gewissenloser Unternehmer kann aber meistens die Kontrolle, ob eine solche Bestimmung eingehalten wird oder nicht, unmöglich machen.

Endlich soll nach dem Entwurf den jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren und den Arbeiterinnen über 16 Jahre nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhe von mindestens elf Stunden gewährt werden. Selbst hier ist noch eine Ausnahme vorgesehen: für Arbeiterinnen über 16 Jahre kann die Ruhezeit auf 10 Stunden verkürzt werden.

Ebenfalls ganz ungenügend soll der sanitäre Arbeitstag ausgebaut werden. Der sanitäre Arbeitstag ist bekanntlich für solche Gewerbe vorgesehen, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Für diese Gewerbe kann nach dem geltenden Gesetz der Bundesrat Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben. Der Entwurf will auch die Landes-Zentralbehörden und die Polizeibehörden zu einem solchen Vorgehen gegen diese Gewerbe ermächtigen. Außerdem soll die Polizei dieselben Vorschriften gegen einzelne Betriebe, in denen es notwendig erscheint, erlassen können. Aber alle diese Dinge sind von dem Ermessen des Bundesrats oder der Polizei abhängig gemacht. Die Polizei als die Beschützerin der Arbeiter! Von einer Mitwirkung der Arbeiter hierbei ist nicht die Rede. Was bei einer solchen Polizeiwirtschaft für die Arbeiter herauskommt, darüber haben die Arbeiter wahrlich Erfahrungen genug.

Nach derselben Methode soll die „Hausarbeit“ geregelt werden. Die Regelung bezieht sich nur auf zwei Gruppen der Hausarbeit. Für Gewerbebetriebe, die mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden sind, sollen im Wege der Verfügung für einzelne Werkstätten die Ausführung der Maßregeln zum Schutze von Gesundheit und Leben der Arbeiter angeordnet werden. Zweitens soll für Gewerbebetriebe, die der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genussmitteln dienen, ebenfalls im Wege der Verordnung für einzelne Werkstätten angeordnet werden, daß die Werkstätten und Lagerräume, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften, so eingerichtet und unterhalten werden und der Betrieb so geregelt wird, daß Gefahren für die öffentliche Gesundheit ausgeschlossen sind.

Diese Maßnahmen sind zum Schutze der Hausarbeiter schon deshalb ungenügend, weil sie nicht für alle Gewerbebetriebe gelten, und weil jede Regelung der Arbeitszeit und viele andere unerlässliche Schutzvorschriften fehlen. Außerdem sind die wenigen Schutzmaßnahmen des Entwurfs wiederum ganz und gar der Allwissenheit und dem guten Willen der Polizei überlassen. Die Polizei „kann“ eingreifen, sie braucht aber nicht. Die Arbeiter haben gar nichts dabei zu sagen, nichts zu verlangen, obgleich es sich gerade um ihren Schutz handelt. Der Entwurf geht von der „Tatsache“ aus, daß die Arbeiter nicht fähig sind, an der Wahrung ihrer eigenen Interessen mitzuarbeiten! Das ist der neueste Krus der amtlichen Sozialpolitik!

Der weitere Inhalt der Vorlage ist von noch geringerer Bedeutung als die behandelten Punkte. Für diejenigen Unternehmer, die trotz wiederholten Bestrafungen gegen die wichtigsten Schutzvorschriften handeln, sind die Strafen erhöht (100 bis 3000 Mk. Geldstrafe oder Gefängnis bis zu sechs Monaten). — Bei der Beendigung des Dienstverhältnisses sollen die Arbeiter das Recht haben, das Zeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung sich schon dann ausstellen zu lassen, wenn die Kündigung erfolgt ist. — Die Lohnbücher oder Arbeitszettel sollen so eingerichtet werden, daß in ihnen außer den bisherigen Angaben noch der Zeitpunkt der Ablieferung der Arbeit, Art und Umfang der abgelieferten Arbeit, der zur Auszahlung gelangende Lohnbetrag unter Angabe der etwa

vorgenommenen Abzüge und der Tag der Lohnzahlung eingeschrieben werden kann. — Die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule soll durch die Gemeinden oder erweiterten Kommunalverbände nicht nur wie bisher für männliche Arbeiter, sondern auch für Arbeiterinnen unter 18 Jahren ausgesprochen werden können. — Der Bundesrat, die Landeszentralbehörde und die Polizei sind nach dem geltenden Gesetz ermächtigt, Vorschriften über die Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter bei der Arbeit gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit und zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstands zu erlassen. In Zukunft sollen hierbei auch die Arbeiter mit Vorschriften über ihr Verhalten im Betrieb bedacht werden. Schließlich sind die Vorschriften für Werkmeister, Techniker und dergleichen möglichst den Bestimmungen für die Handlungsgehilfen angepaßt. — So wird hier und da auf dem großen Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes angekratzt, um Besseres zu schaffen. Das Resultat konnte aber nicht befriedigend sein, weil ja nichts geschehen sollte, was den Unternehmerprofit schmälern oder auch nur das Selbstbewußtsein der Arbeiter stärken könnte. Daher ist der Entwurf in jeder Beziehung ungenügendes Flickwerk.

Aufgabe der Klassenbewußten Arbeiter muß es sein, durch unermüdete Agitation die Tätigkeit unserer Vertreter im Reichstage zu unterstützen, damit die Reform des Arbeiterschutzes ernsthafter betrieben wird.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Im Streik befinden sich die Kollegen in Neumarkt bei den Firmen Birke und bei Strauß (14. Gau), bei der Firma Lindemann in Driesen (15. Gau), in Kreuzburg bei der Firma Bruns (11. Gau), in Neufreistett bei der Firma Frik Gröndler (9. Gau), in Pfungstadt bei der Firma Wolff (7. Gau).

Der Zuzug ist nach diesen Orten resp. Betrieben streng fernzuhalten. Ebenso ist der Zuzug fernzuhalten nach Nonneburg, Firma R. Rein (11. Gau), nach Striegau bei der Firma W. Hänisch (14. Gau) und nach Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. Der Zuzug nach der Zigarettenfabrik Bock u. Comp. ist streng fernzuhalten. Die Firma beabsichtigt, ihren Betrieb nach Baden (Karlsruhe) zu verlegen. Die Kollegen werden gewarnt, dort in Arbeit zu treten.

Der Zuzug nach Oberbaden ist bis auf weiteres fernzuhalten (9. Gau).

Schweiz. Die Firma Eichenberger in Menziken (Schweiz) sucht in Deutschland Arbeitskräfte anzuwerben. Wie uns mitgeteilt wird, bestehen dort schlechte Arbeits- und Lohnverhältnisse und wird vor Zuzug gewarnt.

Gohls bei Dresden. Lohnzulagen wurden bei der Firma Raden u. Comp. bewilligt für Rollen, Wickelmacher, Abripper und Deckblattaufseher. Der Wickelmacherlohn beträgt jetzt 6.30 Mk., und für Wickelmacher 2.70 Mk.

Verbandspräsident Mitchell vom amerikanischen Bergarbeiterverband ist zurückgetreten. Sein Rücktritt wird als ein Symptom für einen Umschwung der amerikanischen Bergarbeiter gegenüber der sozialistischen Partei angesehen und es wird erwartet, daß die amerikanischen Bergarbeiter sich intensiver an den Bestrebungen, eine selbständige Arbeiterpolitik in den Vereinigten Staaten zu betreiben, beteiligen werden, woran es bisher gefehlt hat. — Der Bergarbeiterverband hat seinem scheidenden Präsidenten eine Dotation von 16 000 Dollar (zirka 70 000 Mark) überreicht.

Der gute Hirte von Lorsch.

Dem katholischen Pfarrer von Lorsch hat es unser Verbandsorgan, der Tabak-Arbeiter, angetan, besonders aber die Monatsbeilage Nr. 12 hat ihn aus dem Gleichgewicht gebracht.

Wie uns mitgeteilt wird, donnerte der Herr Pfarrer am 22. Dezember vor der Kanzel gegen die „Weihnachtsmarseillaise“ unseres verstorbenen Dichters Max Kegel, den ein humorvolles Räseln noch im Grabe verklären würde, wenn er wüßte, daß der Herr Pfarrer Verse seines wahrheitsglühenden Gedichtes von der Kanzel herab deklamiert hat. Die Predigt des guten Hirten war an diesem Tage überhaupt unserm Blatte gewidmet, „nur wenige Worte“, so schreibt man uns, „waren vom Evangelium in der Predigt zu hören, viel mehr war den Artikeln des Tabak-Arbeiter“, von denen der „Märchenwelt und politische Welt“ betitelt die Grundlage für die Zornesäußerungen des Herrn Pfarrers bildete.

Aber der „gute Hirte“ beließ es nicht bei objektiven Entgegnungen, sondern ging, wie man uns meldet, zu ungerechtfertigten Angriffen auf unsre Organisation über und vergaß sich sogar so weit, Beleidigungen gegen Mitglieder unseres Verbandes, des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, zu schleudern. Der Herr Pfarrer soll gesagt haben, daß, wer einer solchen Organisation angehört, sage, er sei ein Katholik, ein erbärmlicher Feigling sei. Und zu den Frauen gewandt, sagte er: „Betet, betet, daß eure Männer aus dieser Organisation treten!“

Nicht genug damit, beehrte der Herr Pfarrer am Weihnachtsabend jedes Mitglied unseres Verbandes mit dem Büstenabzug einer jedenfalls von ihm geschriebenen Herunterreibung obengenannter Monatsbeilage, nachdem er sein Geistesprodukt an eine bürgerliche Zeitung ver-

höfert hatte. In diesem politischen Traktätchen: „Aus dem Lied“, heißt es: „Die Zugehörigkeit zum Verbandsverband ist eine Unterstützung und Zustimmung seiner religionsfeindlichen Bestrebungen.“

Ueber das holperige Deutsch des Traktätchens wollen wir kein Wort sagen, es wird dem frommen Eifer seines Verfassers zuzuschreiben sein, aber die Verbreitung unwahrer Behauptungen gegen unsern Verband können wir dem Herrn Pfarrer nicht schenken. Es ist unwohr, daß unser Verband „religionsfeindliche Bestrebungen“ pflege. Als „Diener Gottes“ hat der Herr Pfarrer der Wahrheit die Ehre zu geben. Damit ihm dies bezüglich unseres Verbandes ermöglicht wird, verweisen wir den Herrn auf das Studium unseres Verbandsstatuts; nach diesem Studium wird er als christlicher Mann sagen müssen, daß der Verband mit religiösen und politischen Angelegenheiten sich nicht befaßt.

Und auch aus den publizistischen Darbietungen des Tabak-Arbeiter kann kein Mensch, der objektiv und logisch zu denken und zu prüfen vermag, religionsfeindliche Bestrebungen nachweisen. Die Bekämpfung pfäffischer Mißbräuche und die Belehrung über konfessionelle Märchen hat mit wahrer Religion nichts oder nur insofern zu tun, daß das religiöse Gefühl des Menschen von allem perennstwidrigen Bewerf befreit wird.

Der Herr Pfarrer von Lorsch hat also falsche Bezeichnungen gegen unsern Verband und sein publizistisches Organ geschleudert und obendrein sich Beleidigungen gegen unsre Verbandsgenossen erlaubt, die wir uns energisch verbitten müssen. Ein guter Hirte schmähst seine Mitmenschen nicht. Daß ein guter Christ Mitglied unseres Verbandes, ja sogar Sozialdemokrat sein kann, das mag dem Herrn Pfarrer von Lorsch die Festrede eines seiner Amtsbrüder lehren, die wir, auch zu seinem Ruhm und Frommen, in der heutigen Nummer des Tabak-Arbeiter zum Abdruck bringen.

Das Schlimmste ließ sich der Herr Pfarrer aber mit der Anrufung der Frauen gegen unsern Verband zuschulden kommen. „Betet, betet, daß eure Männer aus dieser Organisation treten!“ Der Herr Pfarrer weiß so gut wie wir, daß die Frauen es nach einer solchen Aufforderung beim Gebet nicht bewenden lassen, sondern je nach ihrer mehr oder weniger fanatischen Auffassung dieser Aufforderung ihren Männern sozusagen „die Hölle heiß machen“, um sie zum Austritt aus dem Verband zu bewegen. Daraus entspringt jedoch Unfriede und Zwietracht in der Familie. Wenn dies auch nicht in der Absicht des guten Hirten von Lorsch liegen mag, so kann und wird doch seine Aufforderung diese Wirkung haben. Darum nehmen wir uns das Recht, den Herrn Pfarrer zu warnen, die Mitglieder unseres Verbandes mit derartigen Kanzelreden zu belästigen und zu beleidigen.

Wären wir boshaft, dann würden wir diese Warnung mit einem speziellen Hinweis auf die Höllequalen begleiten, die Larte üble Ratgeber im 26. und 27. Gesang seiner göttlichen Komödie verbüßen läßt; aber in Ermangelung jeder Bosheit sprechen wir es daher nur als unsre unumwundene Meinung aus, daß es nicht zur seelensorgereichen Tätigkeit des Pfarrers von Lorsch gehört, die Arbeiter davon abzuhalten, der Organisation beizutreten, die ihnen Schutz vor einer unmenschlichen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gewährt.

Diese letztere Aufgabe hat sich unser Verband gestellt und er wird sie trotz aller Anfeindungen von kirchlicher oder weltlicher Seite erfüllen. Den Tabakarbeitern bezw. unsern Verbandsmitgliedern von Lorsch raten wir aber, sich durch den Herrn Pfarrer nicht von ihren Pflichten abwendig machen zu lassen, unsern Verband beizutreten resp. ihm treu zu bleiben. Die Verbesserung ihrer Lage und die endliche Befreiung von aller Ausbeutung kann nur ihr eigenes Werk sein, das ersehen sie schon aus dem Verhalten des Pfarrers von Lorsch.

Ein Pfarrer über die soziale Frage und den Sozialismus.

Zu Mors, im rheinischen Industriebezirk, hielt kürzlich gelegentlich einer Feier des evangelischen Arbeitervereins der Pfarrer Dr. Cordes aus Wilhelmsburg-Neiherliege bei Hamburg, die Festrede. Da seine Ausführungen in mehrfacher Hinsicht interessant sind, geben wir sie nach einem Bericht der parteigenössischen Niederrheinischen Arbeiterzeitung im Auszuge hier wieder:

Der Redner ging aus von den besonderen Verhältnissen seiner Heimat, jenes Bezirks des Großhandels und der Großindustrie, der Hamburg und drei benachbarte preussische Städte umfaßt. Die Bevölkerung dieses mit hohen Mietkajernen besetzten Gebiets bestehe ihrer ungeheuren Mehrzahl nach aus Sozialdemokraten. Die Arbeiter, auch die kirchlich gesinnten, wählten fast alle sozialdemokratisch. Da könne ein Pfarrer nicht die vielleicht 90 Prozent seiner Gemeindeglieder einfach als Gegner behandeln. Wenn auch viele der Kirche den Rücken gekehrt hätten, so sei es doch nicht richtig, wenn man sie ohne weiteres als Feinde der Religion bekämpfen wolle. Wohl müsse man als Christ den Kampf aufnehmen, wenn die Sozialdemokratie sich gegen die Kirche wende, indes müsse man auch im Kampfe den Gegner zu verstehen suchen. Mit Schlagworten könne man nichts widerlegen und ein Pfarrer müsse der Vertrauensmann aller Gemeindeglieder sein. Von diesem, seinem prinzipiellen Standpunkte gegenüber der Sozialdemokratie behandelte Pastor Cordes dann diese drei Fragen: 1. Mehr Lohn, 2. Mehr Recht und 3. Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus?

Zu dem ersten Punkte führte der Redner aus, daß die Forderung „Mehr Lohn“ sehr nüchtern klinge und nichts Ideales an sich zu haben scheine, so daß manche meinten, aus ihr spreche nur das alte bekannte Lied der menschlichen Begehrlichkeit. Jedoch bedeuete „zu wenig Lohn“

dauernden Unmut des Familienvaters, frühes Verwelken der Frau, schlechte Erziehung der Kinder, tagtägliche Sorgen und im Hintergrunde als „Sorgenbrecher“ der Alkohol. Nun seien gewiß mit den Jahren die Löhne gestiegen, aber zugleich und oft schneller und höher noch die Preise der Lebensmittel und Mieten! 230 000 Mütter ständen tagtäglich hinter den Maschinen, so daß die Kinder vergeblich nach ihnen verlangten und die Verwilderung eine natürliche Folge sei. Ueber 500 000 Kinder unter 14 Jahren seien erwerbstätig, zum Teil in jammervollen Verhältnissen. Das Elend von Tausenden von Heimarbeitern sei entsetzlich. Bedenke man nun als Christ die Folgen der Einwirkung all dieses Elends auf Seele und Gemüt, so müsse man als Christ, wenn man den Ruf „Mehr Lohn als ruhige feste Forderung einer organisierten Masse höre, sich sagen: „Gott sei Dank! Das ist der einzige Weg, auf dem wir weiter kommen.“ Denn genau so wie ein einzelner Arbeiter nichts vermöge, könne in den meisten Fällen auch der einzelne wohlgesinnte Arbeitgeber nicht helfen, weil er mit der Konkurrenz und andern Umständen zu rechnen habe. Gewiß gebe es in manchen Berufen sehr auskömmliche Löhne, aber für die meisten Fälle gelte: Wenn die organisierte Arbeiterschaft „Mehr Lohn“ fordere, so solle man als Christ nicht mit erhobenen Armen abwinken, sondern die Forderungen unterstützen.

Den zweiten Punkt: „Mehr Recht“, behandelte Festredner in folgendem Sinne: Der Arbeitgeber setze den Lohn fest von dem Gesichtspunkte aus, daß derjenige Arbeiter, dem der Lohn nicht passe, ja gehen könne. Unter dem wirtschaftlichen Druck sei deshalb der sogenannte freie Arbeitsvertrag ziemlich wertlos. Wenn dann gar der Fabrikherr noch vorschreibe, welche Zeitungen ein Arbeiter lesen, welche Versammlungen er nicht besuchen dürfe, so sei das eine Vereinnlichung, wozu der Arbeitgeber kein moralisches Recht habe. Das patriarchalische Verhältnis, als der Herr den Knecht noch als Hausgenossen betrachtete, sei längst überholt. Hunderte und Tausende von Arbeitern, die in großen Werken beschäftigt, kannten kaum ihre Arbeitgeber, noch viel weniger letztere die Arbeiter. Da an Stelle des persönlichen Arbeitgebers heute vorwiegend das unpersonliche Kapital getreten sei, so sei die Forderung nach Gleichberechtigung bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen gerechtfertigt. Wenn der Unternehmer „Herr im Hause“ bleiben wolle, so sei dieser Standpunkt verständlich, aber darum noch nicht der einzig berechtigte. Gewiß könne im Betriebe nur einer das Kommando haben, auch sozialistische Arbeiter wollten im Betriebe Disziplin und nicht Anarchie. Aber das Recht bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, der Arbeitsbedingungen, von denen ihr eignes Wohl und Wehe abhängt, mit zu bestimmen, müsse man ihnen zugestehen. Wer sich immer nur als Knecht behandeln lassen müsse, werde leicht selbst knechtisch und verliere die Selbstachtung, werde gleichgültig, stumpf und auch wohl roh. Aber auch für die Charakterentwicklung der Arbeitgeber sei das Gefühl eines reinen Herrtums nicht günstig. Gewiß gebe es auch wirklich humane Arbeitgeber, aber im allgemeinen sei es besser, wenn der junge Arbeitgeber von seinen Arbeitern nicht reden könne als von den „Kerls“, wie ein Reutnant von seinen Rekruten, sondern sich von vornherein gewöhnen müsse, im Arbeiter den Mitarbeiter zu sehen. In dem Kampfe zwischen Arbeiter und Unternehmer bestehe zwischen Sozialdemokratie und christlichen Gewerkschaften kein großer Unterschied. Zwar verwerfe man im christlichen Lager den Klassenkampf, doch sei die Kampfweise dieselbe. Auch die Sozialdemokratie sehe im Streik immer nur das letzte Mittel, wisse sie doch auch, daß bei einem Streik viele Existenzen aufs Spiel gesetzt würden und habe doch auch sie ein Herz für väterländische Industrie.

Den letzten Punkt seines Vortrags: „Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus?“ behandelte Pfarrer Cordes von folgenden Gesichtspunkten aus: Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht als Gegner im Kampfe ums Dasein gegenüberstellen, sondern als Brüder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur besitzen. Dahin gelangen könne die Menschheit nur auf dem Wege der Entwicklung. Auch eine sozialistische Neuordnung der Dinge werde nicht das Paradies auf Erden schaffen, sondern könne nur als eine nächsthöhere Stufe der Kultur angesehen werden. Wenn von christlicher Seite mehrfach gesagt werde: „Die Menschen sind nun einmal schlecht, es wird hier auf Erden nicht besser“, so teile er (Redner) diese Meinung nicht. Der Mensch müsse Ideale nachstreben, das halte den Geist aufrecht und lebendig. Wenn die Entwicklung dahin gehe, daß das unpersonliche Kapital, das in Aktiengesellschaften, Syndikaten und Trusts und den hinter den großen Unternehmungen stehenden Banken organisiert sei, der eigentliche Herrscher im Vaterlande zu werden drohe, so sei es ausgesprochene Absicht des Sozialismus, dieser Macht, dem Kapital, das Zepher zu entreißen. Es sei nicht nötig, daß Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehe, sondern aufwärts müsse die Menschheit streben, damit sich das Volk wie ein Volk von Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern weiter wachsen solle, sondern er habe gewollt, daß, wo sein Geist einziehe, die Menschen wie Brüder sein sollten. Er (Redner) höre in der sozialen Frage die Stimme Gottes an unser Geschlecht. Man solle im Menschen den Bruder erkennen. Auch in der radikalen Arbeiterbewegung könne man dem Christentum Verwandtes finden. Unentraglich sei es zu hören, wenn man drei Millionen deutsche Arbeiter als eine Bande von Räubern und Vaterlandsverrättern schmähe, obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Idealismus, der Glaube an die Zukunft unsres Volkes, zeige. Der Kampf um die Weltanschauung werde weiter gehen. Als Christ solle man sich hüten, mit unlauneren Waffen zu kämpfen. Mit einem Appell an die evangelischen Arbeiter, in diesem Sinne zu handeln, aufrichtige Gottesfurcht und treue Liebe zum Vaterlande, zu allen Volksgenossen zu pflegen, schloß der Redner seine interessanten Ausführungen.

Berichte.

Hofenheim (Baden). Am 5. Januar fand hier eine Protestversammlung gegen die von der Regierung beschlossene Mehrbelastung des Tabaks statt. Die Versammlung war so stark besucht, wie noch nie eine zuvor. Nicht nur waren die Tabakarbeiter fast vollzählig erschienen, sondern auch die tabakbauenden Landwirte. Auf besondere Einladung war auch der

Reichstagsabgeordnete des 18. badischen Reichstagswahlkreises, Herr Rupp, erschienen. Dieser Herr gehört der konservativen Partei und dem Bund der Landwirte an. Das Referat hatte der Gauleiter J. Krohn-Speyer übernommen. Redner schilderte und beurteilte das System der indirekten Steuern, gab dann einen Ueberblick über alle bis jetzt erschienenen Tabaksteuerentwürfe im Reichstage und wies deren schädliche Wirkung auf das ganze Gewerbe nach. Er wies nach, wie jede Mehrbelastung des Tabaks Konsumrückgang bedeuten würde, so daß viele Arbeiter arbeitslos würden. Durch den Konsumrückgang würden aber auch die Bauern einen Schaden haben, indem dann die Nachfrage nicht mehr so groß sein würde und somit die Preise zurückgehen. Also alles, was am Tabak interessiert ist, hat von einer Mehrbelastung Schaden. Der große Beifall am Schluß der Rede bewies, daß die Versammlungsbefucher ganz entschieden gegen jede Mehrbelastung des Tabaks protestierten. Hierauf nahm der Reichstagsabgeordnete Rupp das Wort. Er wendete sich gegen verschiedene Äußerungen des Referenten über die indirekten Steuern und die damit verbundenen Steuerungsverhältnisse, indem er den konservativen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Ueber die Mehrbelastung des Tabaks äußerte Herr Rupp, daß er mit den Ausführungen des Referenten in dieser Sache einverstanden sei, auch er sei der Meinung, daß der Tabak genug belastet sei; eine Mehrbelastung wäre zum Schaden der kleinen Betriebe auf dem Lande und auch der Tabakbauern. Er schloß mit den Worten: „Ich habe die Ueberzeugung, daß die Vandalensteuer sowie jede Mehrbelastung des Tabaks zum Schaden der Bevölkerung meines Wahlkreises ist, ich werde deshalb gegen jede solche Vorlage stimmen.“ Diesen Ausdruck werden wir uns merken, und sind der Hoffnung, daß der Herr Abgeordnete auch im Reichstage danach handeln wird. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Wilmersdorf. Am 22. Dezember fand im neuen Lokal, bei Witwe Nopper, eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Lokalfrage; 2. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Werweh das Wort; er machte den Mitgliedern die Mitteilung, daß es durch viele Mühe dem Vorstande gelungen sei, ein Lokal zu erhalten. Um nun das neue Lokal zu behalten, sei es Pflicht der Mitglieder, Sonntags hier zu erscheinen, denn jeder Kollege müsse sich selbst sagen, daß es hier kein leichtes sei, ein Lokal zu erhalten, und daß es auch für den Wirt keine Kleinigkeit sei, sein Lokal herzugeben, da er hier am Orte Anfeindungen von verschiedenen Seiten zu erwarten habe. Das wurde mit Beifall entgegengenommen. Zum Punkt Verschiedenes erwähnte Kollege Maßling die Mitglieder, bis zum 15. Januar ihre Reste zu begleichen, da bis zum 15. die alten Marken eingekauft werden müssen. Es sprachen verschiedene Kollegen über die bevorstehende Gesamtaussperrung am Niederrhein, und erwähnten die Kollegen, fest zur Organisation zu halten, denn nur durch die Einigkeit der Mitglieder könne man dem brutalen Gewaltakt der Fabrikanten entgegenreten. Dann wurde die Versammlung, die fast von sämtlichen Mitgliedern besucht war, geschlossen.

Hofenheim. Eine Tabakarbeiterversammlung, wie sie Hofenheim vorher nicht gesehen hatte, fand am 28. Dezember 1907 im größten Saale Hofenheims, dem Stadtparksaal, statt. Der Vorsitzende der hiesigen Filiale des Tabakarbeiterverbandes, Kollege Kraus, eröffnete die Versammlung und erteilte dem Referenten A. v. Elm von Hamburg das Wort. Einleitend gab dieser einen Ueberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1907. Sie standen im Zeichen der Teuerung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, die durch eine ungünstige Getreideernte noch verschärft wurden. An der Hand des Jahresberichts eines Konsumvereins wies Redner die Preissteigerungen der einzelnen Bedarfsartikel nach; bis zu 80 Prozent erfolgten Preissteigerungen. Die Steigerung der Fleischpreise zieht naturgemäß einen Rückgang des Konsums nach sich. So betrug z. B. im Jahre 1904 der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung 81,44 Pfund, im Jahre 1906 dagegen 74 Pfund. Infolge der Krieg- und Schiffsbildung sind die Kohlen- und Eisenpreise unheimlich in die Höhe gestiegen; trotzdem werden die deutschen Kohlen im Ausland billiger verkauft wie im Inland. Der Gewinn, den jene Kartelle erzielen, sei ganz enorm. So habe der Bochumer Verein im vorigen Jahre 60 Millionen Mark Reingewinn erzielt, das Rheinische Stahlwerk 71 Millionen Mark. Die Preissteigerung für Lebensmittel und Bedarfsartikel beträgt im letzten Jahre im allgemeinen 15 bis 20 Prozent. Dagegen konnte die stärkste Gewerkschaftsorganisation, die der Buchdrucker, nur 10 Prozent Lohnerhöhung in ganz Deutschland durchsetzen.

Die Tabakarbeiter, welche die Macht der Organisation noch nicht so recht eingesehen haben, erreichen nur in einzelnen Distrikten eine Erhöhung ihrer Lohnverhältnisse. Sie befinden sich in einer sehr schwierigen Lage. Durch Einsetzen der Krisis sei der Verbrauch von Tabakfabrikaten zurückgegangen. Die Folge sei eine große Arbeitslosigkeit der Tabakarbeiter, welche die Unternehmer zu Lohnreduktionen benützen. Das Reich, das seine Einnahmequellen in der Hauptsache aus indirekten Steuern zieht, ist infolge dieses Systems auf ungesunde Bahnen gelangt. Der neue Reichsetat schließt mit einem großen Defizit ab, weshalb nach neuen Steuerquellen Umschau gehalten wurde. So wolle man zunächst das Spiritusmonopol einführen. Es sei bezeichnend für unfre heutige Reichsregierung, daß sie hierbei auf die niedrigste Leidenschaft des Menschen spekuliert. Der beste Patriot sei dann der, welcher den meisten Schnaps trinkt. Auf der Suche nach neuen Steuern müsse auch wieder der Tabak herhalten, trotzdem vor zwei Jahren die Regierungsvertreter erklärt hatten, daß an eine Belastung der Tabakindustrie nicht zu denken sei. Es zeigt sich dabei wieder, welchen Wert man auf die Worte hoher Herren legen kann. Man verweist gewöhnlich auf Amerika, wo höhere Steuern auf dem Tabak lasten. Jedoch sind dort andre Verhältnisse; die billige Zigarre kostet dort 10 bis 12 Pfg., während bei uns die 5-Pfg.-Zigarre ein Massenkonsumartikel ist. Die Wirkungen der diesmaligen Belastung des Tabaks seien viel schlimmer wie im Jahre 1879; und damals wurden schon infolge der Zollerhöhung über 20 000 Tabakarbeiter brotlos. Seit jener Zeit wurde die Tabakindustrie nach dem Süden verlegt, wo zunächst das Unternehmertum billige Arbeitskräfte fand. In Baden waren im Jahre 1887 circa 22 000 Personen in der Tabakindustrie beschäftigt, im Jahre 1904 waren es über 46 000 Personen. Diese Entwicklung war höchst ungünstig für die Tabakarbeiter; die Löhne wurden bis zu 10 Mk. pro Mille herabgesetzt. Wenn die Vandalensteuer zur Einführung gelange, so vernichte sie die große Anzahl kleiner und mittlerer Existenzen. Wassermann habe wohl erklärt, daß er gegen die Vandalensteuer sei, allein der Bloß halte sich für verpflichtet, der Regierung aus der Klemme zu helfen. Die Löhne der Tabakarbeiter stehen hinter denen der gesamten Arbeiterschaft um circa 33 Prozent zurück. Während im Jahre 1893 der Durchschnittslohn eines Arbeiters 651 Mk. betrug, war er bei einem Tabakarbeiter 508 Mk.; 1903 war der Durchschnittslohn eines Arbeiters 810 Mk., bei den Tabakarbeitern 526 Mk. So sei in zehn Jahren für den Tabakarbeiter eine Lohnerhöhung von nur 10 Mk. pro Jahr eingetreten. Mit der Aufforderung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese neue Steuerentwurf zu protestieren und in den Deutschen Tabakarbeiterverband einzutreten, schloß Redner seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Gauleiter Krohn schlug der Versammlung folgende Resolution vor:
„Die heutige Versammlung der Tabakarbeiter erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie. Begründung: Die Tabakarbeiter

gehören nach amtlicher Feststellung zu den am schlechtesten entlohnerten Arbeitern. Eine Mehrbelastung des Tabaks in irgendeiner Form würde verursachen, daß diese geringen Löhne noch mehr reduziert würden. Der Konsum würde zurückgehen; Arbeiter würden in großer Anzahl entlassen werden. Infolge von Mehrangebot von Arbeitskräften würden naturgemäß die Löhne gedrückt. Die Versammlung fordert deshalb die ganze Bevölkerung auf, sich ihrem Protest anzuschließen, um den Reichstag zu veranlassen, alle derartigen Vorlagen der Reichsregierung rundweg abzulehnen. An die badische Regierung richtet die Versammlung das dringende Ersuchen, im Interesse der Zigarrenindustrie Badens ihren Vertreter im Bundesrat zu instruieren, gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Tabaksteuerentwurf zu stimmen.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.
Neudamm. Am 4. Januar 1908 wurde in Neudamm, Hotel Kaiserhof, eine gut besuchte Tabakarbeiterversammlung abgehalten, zu der Kollege Galtz Rosenthal-Berlin als Referent erschienen war. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lohnbifferenzen in der M. Fleischen Filialfabrik, Schönlanke, Hauptbetrieb Neudamm; 2. Verträge Verbandsangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Kollege Rosenthal entrollte der Versammlung in einer 2½stündigen Rede ein Bild, das auch dem Unausgeklärtesten Klarheit bringen mußte. Er klärte die bestehenden Lohnbifferenzen in Schönlanke gründlich auf und kritisierte das Verhalten der Zigarrenfabrik Neudamm den Schönlanke Kollegen gegenüber in der schärfsten Weise. Er forderte auch auf, gegen die uns drohende Gefahr der Tabaksteuerentwurf fleißig zu agitieren. Es entspann sich eine lebhaft Diskussion; dann wurde eine Kommission gewählt, mit welcher Kollege Rosenthal am Sonntag, 5. Januar, bei der Firma M. Fleisch vorstellig wurde. Die Verhandlung verlief vorläufig negativ, indem der Fabrikant äußerte, er werde erst mit den Schönlanke Arbeitern verhandeln; falls sie nicht wollen, wie er will, will er die Dade schließen. Die Anführer der Sache mühten rauh. Der Kollege Rosenthal stellte ihn gehörig zurecht. Er riet uns von einem Streik ab, wir sollten nur eine ruhig abwartende Stellung einnehmen, da keine Suppe so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wird. Die Versammlung erklärte sich mit den Schönlanke Kollegen solidarisch. Die Versammlung führte eine Reihe neuer Mitglieder der Organisation zu.
Nachtrag: Am Montag, 6. Januar, kündigte die Firma M. Fleisch-Neudamm sämtlichen organisierten Tabakarbeitern mit den Worten, falls sie aus dem Verband gehen, könnten sie weiter arbeiten.

Neilingen. Eine imposante Tabakarbeiterversammlung fand im Saale des Pfälzer Hof statt. Circa 200 Tabakarbeiter waren es, die gegen die geplante Vandalensteuer Stellung nahmen. Kollege Kahn-Schwefingen hatte das Referat übernommen, der einleitend die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter schilderte, und an unserer heutigen Steuerpolitik schärfste Kritik übte, die Hunderttausende von Arbeitern dem Ruin entgegenziehe. Der Redner wies die Notwendigkeit der Organisation nach, die jetzt gerade für die Tabakarbeiter von großer Wichtigkeit sei, um der aller Wahrscheinlichkeit nach kommenden Lohnreduktionen Widerstand zu leisten. Mit der Aufforderung zum Beitritt in den Tabakarbeiterverband schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion nahm Kollege Kraus-Hofenheim das Wort, um die Anwesenden auf die Gefahren der Vandalensteuer aufmerksam zu machen. Nach dem Schlußwort des Referenten wurde nach einstimmiger Annahme der Resolution der Hofenheimer Versammlung vom 29. Dezember die Versammlung geschlossen.

Seesen. Am 28. Dezember fand hier im Saalbau des Herrn Eberhagen eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die hiesigen Tabakarbeiter zu dem im Gericht stehenden Vereinbarungs der Werkführer gegen die Arbeiter? Referent Kollege Krosse. 2. Die Zigarren-Vandalensteuer. Referent Gauleiter Buchholz. 3. Diskussion. Im ersten Punkt führte Kollege Krosse den Tabakarbeitern vor Augen, welche Gefahr denselben drohen würde, da sich verschiedene Werkführer zusammengeschlossen hätten, um den Arbeitern ihr Recht zu nehmen, und zwar in der Weise, daß ein Arbeiter, welcher bei fraglichen Firmen gearbeitet hat und das Arbeitsverhältnis aufgibt, von einer andern Firma einfach nicht wieder eingestellt werde, also wenn keine andre Arbeit vorhanden ist, denselben aushungern zu lassen. Da auch zu dieser Versammlung sämtliche Werkführer geladen wurden und auch erschienen, so konnte Kollege Krosse dieselben einmal ordentlich unter die Lupe nehmen und kritisierte deren Verhalten in scharfer Weise, auch das Verhalten der Fabrikanten, da sich durch die Diskussion der Werkführer herausstellte, daß sie wohl nicht so ganz unschuldig an der Sache seien und die Schuldigen in zwei Fabrikanten zu suchen seien, welche ihre ständige Fabrik am Orte haben. Darauf wurde die Sache als vorläufig erledigt erklärt und in dem Sinne eine Resolution gefaßt, daß bei wieder vorkommenden Fällen die Tabakarbeiter Seesens ganz energisch vorgehen würden. Im zweiten Punkt erhielt Gauleiter Buchholz das Wort, in kurzer Andeutung wies derselbe darauf hin, welche Gefahren den Tabakarbeitern bevorständen durch die Vandalensteuer, da die Industrie sich hauptsächlich aus kleinen Betrieben zusammensetzt, so würden von den 18 000 Betrieben 13 000 ihrem Untergang sicher entgegengehen und die Arbeiter dadurch brotlos werden, so daß dieselben in andern Betrieben außerhalb unsrer Branche als Lohnhändler ihren Arbeitsbrüder in den Mühen fallen müßten, weiter wies derselbe auf die fete Beunruhigung des Tabaks hin und auf die hohen Steuern, die sowieso schon auf Branntwein, Salz usw. lägen. Wenn nun von verschiedenen Seiten versucht würde, durch Zahlen nachzuweisen, daß die Industrie durch die Vandalensteuer nicht geschädigt wird, so hat man vergessen, daß in verschiedenen Ländern der Geldwert bedeutend geringer ist oder daß es Monopolstaaten sind, die eine weitere Einnahme aus dem Tabak, wie Frucht und sonstige Unkosten, wie es in Deutschland ist, nicht haben. Würde man dieses zu dem von der Industrie der Regierung durch Pöle schon gezahlten zurechnen, so würde, wenn nicht eine höhere, so doch gleiche Einnahme von der Industrie erzielt werden, wie in den verschiedenen Ländern. Kollege Krosse geht in der Diskussion noch näher auf die Steuern ein, legt klar, auf welche Schultern dieselben fallen könnten, denn dieselben müßten nur von den Arbeitern getragen werden. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher gegen die Vandalensteuer Protest eingelegt wurde. Abdam wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Veg, Piska, Dietrich, Sue und Krause. Im Schlußwort betonte Gauleiter Buchholz, alle Kraft einzusetzen und kräftig mit dem Verband zu arbeiten.

Quittung.

Für die Ausgegebenen in Driesen sind eingegangen:
Zahlstelle Dahme 13,80 Mk.
Albert Radbn, Dordamm —,50
worüber dankend quittiert
Ernst Buchholz, Driesen (M./M.).

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!